

schleswig-holstein

Verband der Angestellten-Krankenkassen e.V. (VdAK)

AEV – Arbeiter-Ersatzkassen-Verband

ersatzkassen

März 2004

Jahresempfang der Ersatzkassenverbände

Mehr als 120 Gäste aus Politik, Gesundheitswirtschaft und Medizin besuchten den Jahresempfang der Ersatzkassenverbände in Schleswig-Holstein. Dietmar Katzer, Leiter der Landesvertretung begrüßte zwei prominente Rednerinnen: Die schleswig-holsteinische Ministerpräsidentin Heide Simonis und die Vorstandsvorsitzende der Ersatzkassenverbände Dr. Doris Pfeiffer.

Nach einem kurzen Rückblick auf die Gesundheitsreform, die „zu 90 Prozent funktioniert“ konzentrierte sich Katzer auf die positiven Erwartungen. Hier sei es die integrierte Versorgung, die neben Qualitätsverbesserungen in der medizinischen Versorgung auch erhebliche finanzielle Einsparpotenziale berge.

Die Ministerpräsidentin berichtete über den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein und die erfolgreiche Gesundheitsinitiative. „Mit den Regelungen des GMG sollen die Kosten im Gesundheitswesen mit dem Ziel einer Beitragssenkung – und somit auch der Senkung der Lohnnebenkosten – begrenzt werden.“ Hierzu bedürfe es neben strukturellen Reformen auch einer Neuordnung der Finanzierung, wie sie das GMG vorsehe. Simonis erinnerte daran, dass ein hohes Versorgungs-

niveau nur gewährleistet werden könne, wenn die Versicherten an den Krankheitskosten beteiligt würden. An den Grundprinzipien, wie der freien Arzt- und Krankenhauswahl und der solidarisch finanzierten Krankenversicherung werde aber weiter festgehalten.

Fr. Dr. Pfeiffer, Vorstandsvorsitzende der Ersatzkassenverbände, bezog Stellung zur Kritik der Bundesgesundheitsministerin an der angeblich zögerlichen Umsetzung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes: „Die Selbstverwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht und Handlungsfähigkeit bewiesen, indem die Ersatzkassen bis zum ersten Mai die Beiträge um 0,4 Prozent senken“. Allerdings sei es langsam an der Zeit, dass statt permanenter Kritik nun Produktivität Platz greife. Dies gelte

nicht nur für die Gestaltung der aktuellen Reform sondern für den stetigen Reformprozess der von den Gegenpolen „Bürgerversicherung“ und „Kopfpauschale“ beherrscht wird. Klar positionierte sich Frau Dr. Pfeiffer hier für die Bürgerversicherung, die nicht nur das gerechtere System darstelle sondern auch den geringeren Aufwand an Bürokratie darstelle.



Walter Olgemöller, Landesgeschäftsführer DAK, und Dr. Doris Pfeiffer Vorstandsvorsitzende VdAK/AEV



Dietmar Katzer, VdAK/AEV, im NDR-Interview



Ministerpräsidentin Heide Simonis

Fusion zum MDK-Nord

Die alternierenden Vorsitzenden und Geschäftsführer der Medizinischen Dienste in Hamburg und Schleswig-Holstein haben eine Fusion zum MDK Nord ab dem 1. Januar 2006 vereinbart. Ziel ist, die Leistungs- und Funktionsfähigkeit der Institutionen zu erhöhen. Ein gemeinsamer Kooperationsrat beider Dienste begleitet den Prozess in 11 Projektgruppen.

Zum externen Projektmanager wurde der ehemalige Sozialminister Günther Jansen bestellt. Vorsitzende des gemeinsamen Kooperationsrates sind Dietmar Katzer, Leiter der Ersatzkassenverbände in Schleswig-Holstein (MDK SH) und Reinhard Wenzek für die Arbeitgeber (MDK HH).

Professionelle Wirtschaftlichkeitsprüfung

Nach dem neuen Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) bilden Krankenkassen und Kassenärzte auf Landesebene einen gemeinsamen Prüfungs- und Beschwerdeausschuss. Ziel ist die weitere Ausschöpfung der vorhandenen Wirtschaftlichkeitspotenziale bei gleichzeitiger die Verbesserung der Versorgungsqua-

lität. Die Vertragspartner in Schleswig-Holstein haben sich für die erste Amtsdauer von zwei Jahren auf den ehemaligen Sozialminister Günther Jansen und Dr. Johann David Wadepful (MdL) als unparteiische Vorsitzende geeinigt. Die Gremien werden von einer neu zu gründenden Geschäftsstelle unterstützt.

Bilder und Gesundheit: „Dicht am Wasser“

„Dicht am Wasser“ ist das Thema einer Bilderausstellung, die in der Landesvertretung zu sehen ist. Gemalt und zusammengestellt wurden die Bilder von Klientinnen und Klienten der Tagesklinik „Kieler Fenster“. Die Malereien sind während der Ergo- und Kunsttherapie sowie in einer ambulanten Malgruppe entstanden, geleitet von den Therapeutinnen Frau von Kügelgen und Frau Lanzoni, sowie vom freischaffenden Künstler Volker Huschitt. „Die wesentlichen therapeutischen Aspekte der bildnerischen Gestaltung sind neben der Förderung der Kommunikation und der menschlichen Begegnung vor allem Kreativität, Ausdruck und Entlastung“, sagte Winfried Reiske, Geschäftsführer des Kieler Fenster während der Eröffnung. Die kreative Arbeit in den therapeutischen Gruppen ist mehr auf Selbstvergewisserung und Stabilisierung ausgerichtet, als

auf eine bewusste Bearbeitung gesellschaftlicher Probleme. „Dies heißt jedoch nicht, dass die hier ausgestellten Bilder, nicht wie jedes andere „Kunstwerk“ auch, dem Betrachter Aspekte seines Selbst vor Augen führen und dadurch beunruhigende Fragen aufwerfen können, welche die Brüchigkeit fremder und eigener Selbst- und Weltkonstruktionen beleuchten.“ Klar ziele das Malen aber auch auf seelische Entlastung – nicht nur bei psychiatrierten Menschen. Schließlich wirkt die Malerei als „Brücke zur Gesellschaft“ und stellt somit einen „wichtigen Beitrag zur Entstigmatisierung der Psychiatrie und ihrer Menschen“, erklärte Reiske.

Die Ersatzkassenverbände in Schleswig-Holstein freuen sich darauf, in loser Folge weitere Ausstellungen zum Thema „Bilder und Gesundheit“ zu zeigen.

Einigung in der Pflege

Erstmals seit 1998 einigten sich alle Partner in der Pflegeversicherung auf einen Rahmenvertrag für die Bereiche Service, Technik und Verwaltung. Der Rahmenvertrag für die vollstationäre Pflege gemäß § 75 SGB XI wird die Versorgung beispielsweise in der

Reinigung, Küche oder Hauswirtschaft deutlich verbessern. Ziel der Vertragspartner war, die Personalkapazitäten und Vergütungen den gestiegenen gesetzlichen Forderungen anzupassen.

Lob für Ersatzkassen

Kürzlich lobte die schleswig-holsteinische Gesundheitsministerin Heide Moser die Anstrengungen der Ersatzkassen bei der Umsetzung der Gesundheitsreform in einer öffentlichen Presseerklärung: „Einige Kassen haben ihre Beiträge bereits gesenkt oder

eine Beitragssenkung zum Frühjahr angekündigt. In Schleswig-Holstein senken die Ersatzkassen für mehr als 650 000 Versicherte die Beiträge um 0,4 Prozent“.

7270 Einschreibungen DMP Diabetes II

Bis zum März 2004 hatten sich 7270 Patienten in das Disease-Management-Programm (DMP) Diabetes Mellitus II bei 883 teilnehmenden Ärzten eingetragen. Unter der Überschrift einer verbesserten Versorgung unterzeichneten Kassenärztliche Vereinigung und Ersatzkassenverbände den Vertrag im Juli 2003. Die Arbeit der zentralen Datenstelle begann einen Monat darauf und die ersten Ärzte schrieben sich im September in das Programm ein.

Selbsthilfe- förderung 2004

Die Ersatzkassen in Schleswig-Holstein erhöhen die finanzielle Förderung von Selbsthilfegruppen und Kontaktstellen in 2004 um 40 Prozent. Rund 135.000 Euro (2003: rd. 96.000 Euro) werden auf 13 Selbsthilfekontaktstellen und mehr als 250 -gruppen verteilt.

Gastbeitrag von Veronika Kolb, MdL,
sozialpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag



Zukunft der Pflege

In einer „alternden Gesellschaft“ wird das Thema „Pflege“ zwangsläufig einen anderen Stellenwert erhalten. Bis zum Jahr 2030 wird die Bevölkerung von derzeit rund 80 Mio. auf etwa 69 Mio. Menschen abnehmen. Gleichzeitig

steigt der Anteil der Menschen, die 60 Jahre alt und älter sind, nicht nur prozentual auf 35,1 % an der Gesamtbevölkerung, sondern auch absolut auf 24,5 Mio. Menschen. Darüber hinaus wird der Anteil der Schwer- und Schwerstpflegebedürftigen vermutlich überproportional steigen.

„Überalterung“ heißt natürlich nicht zwangsläufig pflegebedürftig – gleichwohl ändern sich die Bedürfnisse und Ansprüche. Denn das, was heute noch in großen Teilen an Pflegeleistungen in den Familien selbst erbracht werden kann, wird in den kommenden Jahrzehnten immer weiter wegbrechen. Das bedeutet, dass der möglichst lange Verbleib pflegebedürftiger Menschen in ihrer gewohnten Umgebung davon abhängen wird, inwieweit es uns gelingt, den Wegfall der familiären Versorgungsstrukturen durch den kontinuierlichen Auf- und Ausbau professioneller Strukturen zu kompensieren. Ob in der ambulanten Pflege, über das betreute Wohnen bis hin zur stationären Unterbringung Schwerstpflegebedürftiger: In allen Teilsektoren der Leistungserstellung wird der Bedarf an professionellem und qualifiziertem Personal ansteigen. Dieses Problem darf nicht an die folgenden Generationen ungeklärt weitergereicht werden.

Wir können und dürfen uns nicht länger vor der Frage drücken, wie viel unserer immer älter werdenden Gesellschaft Gesundheit und Pflege wert ist. Es kann nicht angehen, dass sich durch die Nichtanpassung der Pflegegesetze seit 1995 die Bedingungen für die Pflegenden und die Pflegebedürftigen immer weiter verschlechtern. Notwendig ist eine gesellschaftliche Diskussion darüber, wie viel Geld – insbesondere auch vor dem Hintergrund der Generationengerechtigkeit – über die gesetzliche Pflegeversicherung zur Verfügung gestellt werden soll und welchen Anteil der Einzelne selbst zu übernehmen hat. Stärker als bisher brauchen wir den Aufbau einer privaten Zusatzpflegeversicherung und mittelfristig die Abkehr von der bislang praktizierten Umlagefinanzierung. Nachgedacht werden muss auch über eine stärkere Konzentration der Leistungen auf diejenigen, die sich eine ausreichende Pflege nicht leisten können.

Darüber hinaus ist die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Pflegekräften von entscheidender Bedeutung dafür, ob es uns gelingt, die Qualität der Pflege auf hohem Niveau zu gewährleisten. Aus Sicht der FDP ist deshalb die Entwicklung von gemeinsamen Ausbildungsstrukturen und -inhalten für die Alten- und Behindertenhilfe sowie der Krankenpflege notwendig. Die Pflegerealtäten zeigen, dass Pflege aufgrund seiner Veränderungen im Gesundheitswesen lebensphasen- und institutsübergreifend stattfindet. Eine integrierte Ausbildung (d.h. generalistische Anteile in der Grundausbildung und danach Schwerpunktsetzung in dem jeweiligen Pflegeberuf) kann ein zukunftsweisender Schritt sein, der baldmöglichst umgesetzt werden sollte.

Ein Einstieg in Pflegeberufe darf keine Sackgasse sein, sondern muss Berufsperspektiven und Aufstiegsmöglichkeiten bieten. Dazu bedarf es einer gewissen Durchlässigkeit einerseits zwischen den unterschiedlichen Pflegeberufen als auch der Möglichkeit, sich für Leitungsaufgaben zu qualifizieren. Für die FDP sind deshalb weitgehende Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten für Pflegeberufe bis hin zu Spezialisierungen (z.B. gerontologische Zusatzqualifikation) sowie modulare Angebote der Weiterbildung und weitere (Aufbau-) Studiengänge in Pflegewissenschaft und -management unabdingbar.

Nur so können aus Sicht der FDP nicht nur für die pflegebedürftigen oder jetzt älteren Menschen, sondern auch für die Pflegekräfte und den Angehörigen Lösungsansätze gefunden werden, die die immer drängendere Frage nach einer menschenwürdigen Betreuung und Pflege nicht nur heute, sondern auch für die Zukunft sicher stellen.

Gesund durch Prävention Herausforderung an Sport und Krankenversicherungen

Das traditionelle Diskussionsforum der Ersatzkassenverbände zur Kieler Woche ist gemeinsam mit dem Landessportverband Schleswig-Holstein für Donnerstag, den 24. Juni, 16 Uhr in der VdAK/AEV Landesvertretung, Wall 55 (Sell-Speicher), 24103 Kiel geplant.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Landesvertretung Schleswig-Holstein des VdAK/AEV

Wall 55 (Sell-Speicher), 24103 Kiel

Telefon (04 31) 97 441-0, Telefax (04 31) 97 441-23

E-Mail: LV_Schleswig-Holstein@vdak-aev.de

Redaktion: Oliver Grieve, Verantwortlich: Dietmar Katzer, Fotos: Jörg Brekeller